



Ihr Bundestagsabgeordneter Dr. Roy Kühne berichtet:

# Berlin aktuell

Die Wochen im Bundestag vom 23.11. bis 04.12.2015

## Entkoppelung von der Grundlohnsumme abgelehnt

Die Gespräche zur Entkoppelung der Vergütung im Heilmittelbereich von der Grundlohnsumme konnten leider nicht erfolgreich abgeschlossen werden. Bei den Verhandlungen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum eHealth-Gesetz konnten sich die Koalitionspartner in diesem Gesetz nicht auf einen gemeinsamen Weg für Therapeuten in Deutschland einigen. Zunächst sollen die Effekte der bereits im Versorgungsstärkungsgesetz beschlossenen Maßnahmen für den Heilmittelbereich abgewartet werden. Dazu zählt insbesondere die Angleichung der Vergütung unter den Kassenarten. Als zuständiger Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion äußerte sich Dr. Roy Kühne: „Ich bin der Auffassung, dass diese Entscheidung zu kurz greift und wir dringend weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Situation bei den Heilmittelerbringern brauchen. Ich werde an dieser Stelle nicht locker lassen und bin guter Dinge, dass wir im Jahr 2016 wieder Möglichkeiten haben werden, das Thema erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Die Arbeitsgruppe Gesundheit der CDU/CSU-Fraktion steht nach wie vor hinter den Therapeuten und wird diese Geschlossenheit auch bei kommenden Verhandlungen zeigen.“



## Mehr Geld und Personal für Technisches Hilfswerk



Gute Neuigkeiten über die geplanten Mittelserhöhungen des Bundes konnte Roy Kühne beim Treffen mit heimischen THW-Mitgliedern am 26.11.2015 im Rahmen einer Veranstaltung „MdB trifft THW“ verkünden. Wir wollen damit insbesondere die enormen Leistungen unserer

Freiwilligen in der Flüchtlingshilfe würdigen und unterstützen. Der Etat des Technischen Hilfswerks soll im laufenden Jahr 2015 um insgesamt 43,2 Millionen Euro steigen. Die zusätzlichen Mittel wurden im Rahmen des zweiten Nachtragshaushaltes des Deutschen Bundestages beschlossen. Darin enthalten sind 19 Millionen Euro aus dem Asylpaket. Damit sollen vor allem erhöhte Ausgaben in der Flüchtlingshilfe durch den Verdienstaufschlag ehrenamtlicher Mitarbeiter kompensiert werden. In 2016 sollen die Haushaltsmittel für das THW um rund 36 Millionen Euro steigen. Darin enthalten ist eine Erhöhung der Selbstbewirtschaftungsmittel für die Ortsverbände um acht Millionen Euro, um das ehrenamtliche Engagement zu stärken. Eine Liste der Mittelverteilung an die niedersächsischen Ortsverbände soll in wenigen Wochen vorliegen.

## Ausgewählte Termine von Dr. Roy Kühne:

Montag:

- Klausurtagung AG Gesundheit
- Referent bei der Konferenz der Massageschulen

Dienstag:

- AGs Gesundheit und Tourismus
- Fraktions-sitzung
- Gespräch mit der Hochschule Fresenius

Mittwoch:

- Ausschuss Gesundheit
- Interview im Büro
- Gespräch Adventsreisegruppe
- Fachveranstaltung der CDU/CSU: „Diabetes auf dem Vormarsch“

Donnerstag:

- Plenum
- MdB trifft THW
- Besuchergruppe aus Goslar

Freitag:

- Plenum: namentliche Abstimmungen zum Haushalt 2016
- Plenum: namentliche Abstimmung zum Bundeswehrein-satz

**Abonnieren Sie den Newsletter von Dr. Roy Kühne, MdB.**  
**Mehr Informationen auf [www.dr-roy-kuehne.de](http://www.dr-roy-kuehne.de)**

## Impressum:

Bundestagsbüro Dr. Roy Kühne  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/227 79 187  
Fax: 030/227 70 188  
Mail: [roy.kuehne@bundestag.de](mailto:roy.kuehne@bundestag.de)  
Internet: [www.dr-roy-kuehne.de](http://www.dr-roy-kuehne.de)

### Beschluss Bundeswehreininsatz

Am Freitag haben sich Roy Kühne sowie seine Kolleginnen und Kollegen der Regierungskoalition für die Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS auf Grundlage von Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen i.V. mit Art. 42 Abs. 7 des Vertrags über die Europäische Union sowie diverser Resolutionen des VN-Sicherheitsrates entschieden. Der von der Bundesregierung vorgeschlagene Beitrag dient dabei dem Kampf gegen den Terrorismus im Rahmen der Allianz gegen den IS. Er soll durch die Bereitstellung von Luftbetankung, Aufklärung (insbesondere luft-, raum- und seegestützt), Begleitschutz für den französischen Flugzeugträger „Charles de Gaulle“ und Stabspersonal zur Unterstützung erfolgen. Insgesamt sollen sich an dem Einsatz bis zu 1200 Soldatinnen und Soldaten mit Ausrüstung beteiligen. Der Einsatz unserer Streitkräfte soll vorrangig im und über dem Operationsgebiet der Terrororganisation IS in Syrien sowie auf dem Territorialgebiet von Staaten erfolgen, von denen eine Genehmigung der jeweiligen Regierung vorliegt, sowie im Seegebiet östliches Mittelmeer, Persischer Golf, Rotes Meer und angrenzenden Seegebieten. Der Einsatz soll zunächst bis zum 31.12.2016 befristet sein. Ziel ist es, den IS einzudämmen und Irak so zu stabilisieren, dass alle Bevölkerungsgruppen angemessen eingebunden werden. Ebenso soll durch diplomatische Bemühungen auf internationaler Ebene eine nachhaltige politische Befriedung Syriens und der Region erreicht werden. Neben den unmittelbaren Unterstützungsleistungen im Kampf gegen den IS plant die Bundesregierung weiterhin, die französischen Streitkräfte durch die Übernahme von stärkerer Verantwortung in Mali sowie durch die Bereitstellung medizinischer Soforthilfe bei eventuellen weiteren Großschadensereignissen in Frankreich zu entlasten.

### Bundshaushalt 2016 ist wichtiges Signal für Kommunen

Der Deutsche Bundestag hat den Bundshaushalt 2016 beschlossen. Dr. Roy Kühne erklärt dazu: „Mit dem Bundshaushalt 2016 stellt der Bund erneut eindrucksvoll unter Beweis, dass er ein verlässlicher Partner der Kommunen ist. Neben den bereits in den vergangenen Jahren etablierten Bundesleistungen in den Bereichen Soziales und frühkindliche Betreuung sowie Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, von denen die Kommunen profitieren können, stärkt der Bund auch im Jahr 2016 nochmals die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingskrise, die mit finanziellen Herausforderungen verbunden ist, ist das ein positives Signal für Kommunen. Die unionsgeführte Bundesregierung setzt damit die kommunalfreundliche Politik fort. Es ist die verfassungsrechtliche Aufgabe der Länder, die Finanzausstattung ihrer Kommunen sicherzustellen. Der Bundesrechnungshof weist darauf hin, dass die Handlungsspielräume im Bundshaushalt für zusätzliche finanzielle Zugeständnisse in der Zukunft schwieriger sind. Die Bundesmittel müssen ungekürzt und zusätzlich bei den Kommunen ankommen – Verrechnungen, die zu einer Verschlechterung der tatsächlichen finanziellen Lage vor Ort führen, sind unredlich und inakzeptabel. Die kommunalfreundliche Politik des Bundes darf nicht durch Landesregelungen konterkariert werden.“

### Besuch aus Goslar

Am 27.11. besuchte Claus Roschanski mit seiner jährlichen Besuchergruppe aus Goslar Dr. Roy Kühne im Bundestag zu einem Informationsgespräch.



### Advents-Fahrt 2016

Roy Kühne freute sich letzte Woche über den Besuch von 50 Bürgerinnen und Bürgern aus Einbeck, Northeim und



Osterode, die das weihnachtliche und politische Berlin sehen wollten. Nach dem Plenumsbesuch, wo die Debatte zum Bundeswehreininsatz mit Ursula von der Leyen gerade lief, und einem Gespräch mit Roy Kühne hatte die Gruppe noch viel Spielraum, um die Weihnachtsmärkte Berlin's zu erkunden.

### Interview am 25.11. im Büro

Ralf Buchner, Redakteur unternehmen praxis, kam für ein Interview zur



Thematik Heilmittelerbringer bei Roy Kühne im Bundestag vorbei. Der Artikel soll in der Januar-Ausgabe erscheinen.